

Zeitschrift: Frei denken : das Magazin für eine säkulare und humanistische Schweiz
Herausgeber: Freidenker-Vereinigung der Schweiz
Band: 97 (2012)
Heft: 4

Rubrik: Schweiz

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wettbewerb für eine neue Nationalhymne

Wie viele Bürgerinnen und Bürger dieses Landes erachtet die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft SGG den Text der Schweizer Nationalhymne als sprachlich sperrig und inhaltlich nicht mehr zeitgemäss. Sie ist der Überzeugung,

dass ein neuer, der heutigen Schweiz angemessener Text die Nationalhymne aufwertet, ihr zu mehr Akzeptanz in der Bevölkerung verhilft und sie dadurch mit mehr Begeisterung gesungen wird. Die SGG hat sich deshalb entschlossen, in den kommenden Monaten einen nationalen Wettbewerb zur Neuvertextung der Nationalhymne auszuschreiben. Als Textgrundlage sollen Sinn und Gehalt der Präambel der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft von 1999 dienen. Ziel der SGG ist es, den neuen Hymnentext am 1. August 2015 offiziell einzuführen.

WettbewerbsteilnehmerInnen sollen in kreativer Art und Weise, unter Beibehaltung des bestehenden Melodiegerüsts, einen neuen Hymnentext entwerfen. Der Text muss in zwei Landessprachen eingereicht werden.

Kontakt:

Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft SGG
Schaffhauserstrasse 7, 8042 Zürich
Telefon: 044 366 50 30 www.sgg-ssup.ch

«Gebetsruf aus dem Bundeshaus»: Mehr als die Hälfte der ParlamentarierInnen hat nicht unterzeichnet!

Die Frommen im Bundeshaus sind wieder für Unterschriften geweiht. Am «Betttag», 16. September 2012, sollten ihrer Meinung nach alle Menschen in der Schweiz aufgefordert werden, zu «danken, für Stabilität und Wohlstand unseres Landes auch in einer schwierigen Zeit». Sie sollten «beten, dass Gott den Menschen in unserem Land beisteht und sie segnet», und sie sollten alle «Busse tun über unser persönliches und kollektives Fehlverhalten». Das sind drei Kernsätze aus einem Papier, das gemäss Berichterstattung in der NZZ fast das halbe Parlament, 94 National- und 19 Ständeräte, unterzeichnet hat. Das bedeutet aber umgekehrt auch: Mehr als die Hälfte hat den Aufruf nicht unterzeichnet, sei es aus persönlicher Distanz zur Religion oder aus der naheliegenden Überzeugung, dass «Gebetsrufe» nicht zu den Aufgaben von ParlamentarierInnen gehören.

Im Sinne der Transparenz hat die FVS die Parteizugehörigkeit der 113 UnterzeichnerInnen aufgeschlüsselt:

SVP 50, CVP 31, SP 11, FDP 8, BDP 7, EVP 2, GLP 2, GPS 1, CSP 1.

Auch die Namen der UnterzeichnerInnen sind – nach Kanton geordnet – auf www.frei-denken.ch aufgelistet.

Die Initianten sind vom Ergebnis ermutigt und wollen die Aktion wiederholen. Wir werden künftig nach Möglichkeit jährlich die UnterzeichnerInnen publizieren, damit sich Interessierte bei den nächsten National- und Ständeratswahlen orientieren können.

Neues aus den Kantonen

Kt. AG Datenschutz zum Vorteil der Kirchen

Im Kanton Aargau sollen die katholischen und reformierten Pfarrer wieder einfacher Spitalbesuche machen können. Dazu will die Aargauer Regierung nun das Gesundheitsgesetz ändern. Sie reagiert damit auf einen Vorstoss aus dem Grossen Rat. Hinter dem Entscheid steht ein Konflikt zwischen Seelsorge und Datenschutz. Neu soll es wieder so sein, dass die Kirche informiert wird, wenn eines ihrer Gemeindemitglieder ins Spital kommt. Die Patienten müssen aber gut darüber informiert werden, damit sie auch Nein sagen können zum Besuch des Pfarrers.

Kt. BE Christliche Seilschaften im Berner Asylgeschäft?

Die Art und Weise, wie die Heilsarmee vor sechs Jahren zum grössten Auftrag im bernischen Asylwesen kam, wirft zahlreiche Fragen auf. Über 20 Millionen Franken jährlich erhält die Organisation für die Führung der Durchgangszentren und die Unterbringung von Asylsuchenden in Wohnungen. Beim kantonalen Migrationsdienst, waren die christlichen Flüchtlingsbetreuer offenbar umstritten. Dass sie den Auftrag trotzdem erhalten hat, soll möglicherweise mit einem eng mit der Heilsarmee verbandelten Mitarbeiter zusammenhängen, mutmasste die Berner Zeitung am 26.7.2012.

Kt. BE Grosser Rat will Pfarrlöhne weiter zahlen

Die Löhne der Pfarrerinnen und Pfarrer im Kanton Bern sollen weiterhin vom Staat und nicht von der Kirche selbst bezahlt werden. Das Kantonsparlament hat den Vorstoss von Grossrat Adrian Wüthrich (SP, Huttwil), einen Bericht über einen Systemwechsel in Auftrag zu geben, mit 128 Nein- zu 15 Ja-Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

Kt. BE Spitalseelsorge gesetzlich

Im Rahmen der Revision des Spitalversorgungsgesetzes sollen gemäss Entwurf alle Spitäler verpflichtet werden, die Seelsorge anzubieten. Die Berner «Landeskirchen» haben sich zu Lobbying-Zwecken zusammengetan und eine eigentliche Lobby-Webseite eröffnet: www.spitalseelsorgebern.ch. Sie massen sich einmal mehr an, für alle da zu sein und zu sprechen:

«Denn Spitalseelsorge sorgt nicht nur für mehr Menschlichkeit im Spital, sondern hilft auch mit, Kosten zu sparen. Bei Patientinnen und Patienten jeden Alters und jeder Konfession oder Religion.» Selbstverständlich sollte sein, dass Seelsorger auf Wunsch der Patienten unbeschränkt Zugang haben sollten, so wie jeder andere

erwünschte Besuch auch. Es ist aber nicht Aufgabe des Staates, hier eine Versorgungspflicht durch die Spitäler zu statuieren.

Kt. BE Kanton bezahlt muslimische Gefängnisseelsorge

Aufgegleist hat das «Projekt Knast-Imam» der neue Gefängnisdirektor. «Die Gefangenen haben den Imam eingefordert. Schon lange verlangen sie das Recht auf freie Religionsausübung. Sie wollen die Gleichberechtigung mit anderen Religionen.» Schliesslich gebe es für christliche Gefangene die PfarrerInnen. Noch ist das Imam-Angebot in der Testphase. Bezahlt wird der Imam aus der Kasse des Kantons – genauso wie die evangelischen PfarrerInnen.

Kt. BL Eintreibung der Kirchensteuer nicht mehr gratis?

Der Regierungsrat schlägt dem Landrat eine Änderung des Kirchengesetzes vor: Die Eintreibung der Kirchensteuer wurde bisher unentgeltlich zugunsten der Landeskirchen erbracht. Neu soll der Aufwand der Steuerverwaltung mit einer Bezugsprovision von einem Prozent abgegolten werden.

Kt. BS Regierungsrat will Anerkennung der Aleviten

Die Basler Regierung beantragt dem Grossen Rat die kantonale Anerkennung der beiden alevitischen Vereine in Basel. Diese würden dazu alle verfassungsrechtlichen Voraussetzungen erfüllen, heisst es in einer Regierungsmitteilung vom 14. August 2012.

Auf Anfrage der FVS hat das zuständige Departement mitgeteilt, dass damit keine besonderen Rechte verbunden seien.

Kt. FR Verurteilung wegen Beschneidung

Das Kantonsgericht in Freiburg verurteilte eine Somalierin zu 60 Tagen gemeinnütziger Arbeit auf Bewährung wegen Mitverantwortung an einer Beschneidung ihrer Halbschwester. Es hob damit laut einem Artikel der Freiburger Zeitung «La Liberté» den Freispruch auf, den das Strafgericht des Saanebezirks im Jahr 2010 gefällt hatte. Das Kantonsgericht befand die Afrikanerin der Aussetzung für schuldig.

Kt. GR Jungfreisinnige reichen Kirchensteuerinitiative ein

Das Bündner Stimmvolk wird über die Abschaffung der Firmen-Kirchensteuer abstimmen können. Die Jungfreisinnigen haben die dafür benötigte Zahl von 4000 Unterschriften gesammelt. In einem dramatischen Appell hat die katholische Kantonalkirche nun mitgeteilt, dass sie bei einem Wegfall der Kirchensteuer für juristische Personen 94 Prozent ihrer Einnahmen verlieren würde.